

## **A2NEU Klimagerechtigkeit: Global erkämpfen!**

Gremium: 2. Länderrat 2022  
Beschlussdatum: 17.12.2022  
Tagesordnungspunkt: A Aktuelle politische Lage

### **Antragstext**

1 Der dritte Dürresommer in Folge, Rekordtemperaturen auf der ganzen Welt, so  
2 viele Waldbrände in Europa in einem Jahr wie seit Beginn der Aufzeichnungen,  
3 tödliche Fluten in Pakistan: Die katastrophalen Folgen der Klimaerwärmung sind  
4 schon jetzt tagtäglich und überall auf der Welt spürbar. Bereits jetzt hat sich  
5 das Klima um 1,1 C° erwärmt. Aktuell steuern wir auf eine Erwärmung von ca. 4 C°  
6 zu und damit auf noch weitaus dramatischere Folgen für Menschen, Natur und den  
7 Planeten.

8 Bisher getroffene Zusagen für den Klimaschutz werden – national wie  
9 international – nicht eingehalten - und damit sind wir von der Umsetzung des  
10 Pariser Klimaabkommens noch meilenweit entfernt. Doch machen wir uns nichts vor:  
11 Selbst das Einhalten des dort vereinbarten 1,5-Grad Limits wird zu einer  
12 massiven Verschlechterung der Lebensbedingungen von Millionen Menschen führen.  
13 Die jetzt schon menschenunwürdige Situation der weltweiten Ernährungssicherheit  
14 und -souveränität wird sich noch weiter verschlechtern. Denn auch bei der  
15 Einhaltung der bisherigen Klimaziele können klimatische Kipppunkte überschritten  
16 werden - mit völlig unkontrollierbaren Folgen. Klimaschutz ist deshalb  
17 notwendige Voraussetzung für ein würdiges Leben aller Menschen.

18 Es ist daher gerade so notwendig, wie vielleicht noch nie, politisch zu handeln.  
19 Doch statt eines konsequenten Umsteuerns erleben wir politisches Versagen. Auch  
20 Deutschland hat es bis jetzt noch kein einziges Mal durch politische Maßnahmen  
21 geschafft, die ohnehin viel zu ambitionstosen Klimaziele zu erreichen. Jahr für  
22 Jahr werden die notwendigen CO2-Einsparungen nicht erreicht, was vor allem am  
23 Stillstand im Bausektor, der Blockade im Verkehrsbereich und der viel zu  
24 umfangreichen Verstromung von Kohle und Gas liegt. Auch umfassende Pakete zum  
25 Ausbau der Erneuerbaren, ein immer noch viel zu teures 49€-Ticket und etwas mehr  
26 Geld für die Schiene können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die aktuelle  
27 Energiekrise durch den Bau von neuen LNG-Terminals und zusätzlicher  
28 Kohleverstromung eher zu einem fossilen Backlash als zu einem wirklichen  
29 Klimaaufbruch führt. So droht Deutschland, auch die Klimaziele 2030 krachend zu  
30 verfehlen.  
31

32 Aber auch der Schutz vor den Folgen der Klimakatastrophe ist hierzulande nicht  
33 gegeben. Die verheerende Flutkatastrophe im Ahrtal im August 2021 hat uns  
34 gezeigt, was die Klimakrise schon jetzt für Schäden mit sich bringen kann.  
35 Deshalb ist eine weitere Aufstockung der Maßnahmen zur Prävention von  
36 Klimaschäden in unserem Land unabdingbar. Die bisher für die Kommunen bereit  
37 gestellten Mittel sind in Anbetracht der dramatischen Lage ein Witz und  
38 vollkommen unzureichend, um gegen die Klimakatastrophe gewappnet zu sein.

39  
40 Der Beschluss zur Einführung eines "Loss and Damage"-Fonds auf der 27.  
41 Weltklimakonferenz ist zwar ein erster Erfolg, allerdings fehlen die konkreten  
42 Vereinbarungen, wie und wohin die Geberländer das Geld aufbringen wollen.  
43 Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass hier so schnell wie möglich,  
44 schon vor der nächsten COP konkrete Summen und Mechanismen vereinbart werden.  
45 Wenn wir die Klimakrise als globale Gerechtigkeitskrise begreifen, müssen die  
46 reichsten und größten Emittenten der Welt endlich finanzielle Verantwortung für  
47 Klimaschäden in den am stärksten betroffenen Ländern übernehmen.

### 48 **Im Namen unserer Zukunft: tax the rich**

49 Die Klimakrise ist und bleibt eine globale Gerechtigkeitskrise. Wer von  
50 Klimagerechtigkeit spricht, darf deshalb von Ungleichheit nicht schweigen. Von  
51 1990 bis 2015 hat das reichste 1 Prozent der Weltbevölkerung mehr als doppelt so  
52 viele Emissionen verursacht wie die ärmsten 50 Prozent zusammen. Um das 1,5-  
53 Grad-Ziel zu erreichen, müssten die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung  
54 ihre durchschnittlichen Pro-Kopf-Emissionen bis 2030 auf ein Zehntel reduzieren.  
55 Zudem sind gerade einmal 100 Konzerne für 70% des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoß  
56 verantwortlich. Dennoch wird die Verantwortung der Klimakrise auf Individuen  
57 abgewälzt und den Ärmsten der Gesellschaften immer wieder erzählt, dass  
58 ausgerechnet sie sparen müssten – während Reiche und Konzerne für die Klimakrise  
59 verantwortlich sind.

60 Privatjets, Luxusjachten, Luxusvillen, SUVs auf der einen Seite, Dürren, Fluten  
61 und Hunger auf der anderen Seite: Wir können uns die Reichen schon lange nicht  
62 mehr leisten. Deswegen ist Klimaschutz vor allem eine Frage von Umverteilung von  
63 Reichtum und Ressourcen, weshalb wir uns für diese einsetzen – national wie  
64 international.

### 65 **Das Versagen hat System: Klimagerechtigkeit ist Systemfrage**

66 Doch die Klimakrise werden wir nicht in den Griff bekommen, wenn wir auf  
67 individuelles Verhalten oder einzelne Personen abzielen. Wir müssen die  
68 systematischen Grundlagen dahinter verstehen - und sie ändern.

69 Solange wir uns die Politik von fossilen Konzernen diktieren lassen, wird es  
70 keine Klimagerechtigkeit geben. Am Beispiel der Energieversorgung zeigt sich so

71 deutlich wie auf kaum einem anderen Feld, wie gefährlich der fossile  
72 Kapitalismus für unsere Zukunft ist: Die fossile Erzeugung von Energie  
73 begünstigt in einem kapitalistischen System grundsätzlich die Bildung von  
74 Monopolen - ganz einfach, weil die natürlichen Gegebenheiten eine extrem  
75 zentralisierte Art des Abbaus und der Verbrennung von fossilen Brennstoffen  
76 nötig machen. Weil die Tagebaue und Gasfelder in der Hand von Konzernen liegen,  
77 können diese darüber entscheiden, was mit ihnen geschieht – und diese  
78 entscheiden sich für den profitabelsten Weg. Somit sind für das Klima  
79 entscheidende Bereiche außerhalb einer demokratischen Kontrollen.

80 Fossile Konzerne machen Milliardengeschäfte mit dem Verheizen unseres Klimas –  
81 und investieren viel dafür, dass das auch so bleibt. Es sind zahlreiche  
82 Beispiele bekannt, in denen Konzerne – oft erfolgreich – versuchen, die  
83 Klimapolitik von Regierungen zu beeinflussen: Sie erkämpfen  
84 Milliardensubventionen für die Kohleförderung, schreiben an Gesetzen mit - wie  
85 zuletzt bei der Gasumlage - oder schafften zweifelhafte Grundlagen für  
86 politische Entscheidungen durch fragwürdige Gutachten, wie zuletzt in Lützerath.

87 Aber nicht nur an der Energieerzeugung, sondern auch an der Weiterverteilung von  
88 Energie lässt sich zeigen, warum an einer gewinnorientierten Organisation  
89 unserer Energieversorgung Einzelne gewinnen und viele verlieren: Durch eine  
90 Liberalisierung des Strommarktes und hohen Spardruck der strukturell  
91 unterfinanzierten Kommunen kam es in den letzten 20 Jahren zu immer mehr  
92 Privatisierungen von Energienetzen. Notwendige Investitionen wurden verschleppt,  
93 Profite landeten auf den Konten der Konzerne und schlussendlich stiegen die  
94 Energiepreise für alle. Solange Profitbestrebungen im Mittelpunkt stehen, werden  
95 Konzerngewinne und nicht günstige Energiepreise und Klimaschutz im Mittelpunkt  
96 stehen.

### 97 **Vergesellschaftung statt Profitdruck**

98 Dass wir leider noch weit von einer solidarischen, klimaneutralen  
99 Energieerzeugung entfernt sind, haben wir zuletzt an den Entscheidungen um  
100 Lützerath gesehen. Wie darauf aber eine gerechte Antwort aussehen könnte, ist  
101 offensichtlich: Wenn mit RWE in Sachen Lützerath nicht mehr verhandelt werden  
102 kann, dann müssen wir über RWE verhandeln - und das geht nur mit  
103 Vergesellschaftung! Dass über Nacht Milliarden für die Verstaatlichung von  
104 Energiekonzernen aufgebracht werden können, haben uns die Fälle Uniper und SEFE  
105 deutlich vor Augen geführt. Dass in Krisen Verluste vergesellschaftet werden,  
106 während Gewinne weiter privatisiert werden, ist zwar nichts Neues, bleibt aber  
107 ungerecht. Wir müssen jetzt aus der Krise lernen und endlich Schluss machen mit  
108 einer profitorientierten, fossilen Energiewirtschaft.

109 Neben den enormen Klimaschäden, die die Kohleverstromung mit sich bringt, drohen  
110 hohe Folgekosten – sogenannte Ewigkeitskosten – durch Umweltzerstörung und -

111 verschmutzung in den Abbaugelieten. RWE und co. legen zwar Geld dafür zurück, es  
112 wird aber davon ausgegangen, dass die Kosten der Langzeitfolgen diese  
113 Rückstellungen bei weitem überschreiten. Es darf nicht sein, dass fossile  
114 Konzerne heute noch Dividenden ausschütten, während die Allgemeinheit in Zukunft  
115 die Ewigkeitskosten wird tragen müssen. Die Konzerne, nicht wir, sollen in  
116 Zukunft diese Kosten tragen. Deshalb setzen wir uns als GRÜNE JUGEND dafür ein,  
117 dass Energiekonzerne dazu verpflichtet werden, in einen Ewigkeitslasten-Fonds  
118 einzuzahlen.

119  
120 Es ist klar, dass wir schnellstmöglich aus fossilen Energien aussteigen müssen.  
121 Auch die Beschäftigten in den Tagebauregionen wissen, wie dringend gehandelt  
122 werden muss, um die Klimakrise einzudämmen. Gleichzeitig machen sich viele  
123 Sorgen um ihre finanzielle Zukunft und fragen sich, ob es in Zukunft noch gute  
124 Arbeit für sie geben wird. Die betroffenen Regionen stecken mitten in einem  
125 umfassenden Strukturwandel, der dringend sozialgerecht gestaltet werden muss.  
126 Durch eine aktive Strukturpolitik, attraktive Um- und Weiterbildungsangebote,  
127 Maßnahmen wie eine Ausbildungs- und Jobgarantie und gute Löhne in den  
128 Zukunftsbranchen kann der Wandel vor Ort gelingen. Gemeinsam mit den  
129 Beschäftigten wollen wir für gute Arbeit, eine starke Daseinsvorsorge und  
130 umfängliche soziale Absicherung in der Transformation sorgen.

131 Die Energieversorgung gehört - wie die gesamte Grundversorgung - in die  
132 öffentliche Hand, damit ihr Zugang nicht weiter vom Profitdruck erschwert wird.  
133 Das bedeutet nicht, dass Konzerne, deren fossiles Konzept nicht aufgeht, sich  
134 darauf verlassen können, einfach vom Staat gegen hohe Summen auf Kosten der  
135 Allgemeinheit aufgekauft zu werden. Ein Freikaufen aus der Verantwortung für  
136 fossile Infrastruktur dürfen die Regierungen nicht zulassen. Über  
137 Vergesellschaftung muss da diskutiert werden, wo Profitinteressen einer  
138 klimafreundlichen und bezahlbaren Energieversorgung klar entgegenstehen.

139 Außerdem müssen wir als Gesellschaft auch darüber verhandeln, für was eigentlich  
140 wie viel Energie benötigt wird - und ob das sinnvoll ist. Heutzutage wird so  
141 viel produziert, wie noch nie. Einige Teile dieser Produktion zielen nicht  
142 darauf ab, menschliche und gesellschaftliche Bedürfnisse zu befriedigen -  
143 sondern vor allem, um damit Umsatz zu erwirtschaften. Wir wollen mit einer  
144 profitmaximierenden Produktion zum Selbstzweck brechen!

### 145 **Für die notwendigen Antworten: Eigentumsfragen stellen!**

146 Wir können daher nicht im Klein-Klein bleiben und mit etwas mehr, aber immer  
147 noch viel zu wenig Klimaschutz zufrieden sein. Die notwendigen Antworten auf die  
148 Klimakrise können wir nur geben, wenn wir Eigentumsfragen stellen. Es reicht  
149 schlichtweg nicht, sich nur mit einzelnen Maßnahmen oder gesetzlichen  
150 Ausgestaltungen zu beschäftigen: Jede Regierung und jede Partei - auch die  
151 Grünen - werden an der Bewältigung der Klimakrise scheitern, wenn sie den  
152 Einfluss unseres Wirtschaftssystems auf die Klimakrise ausblenden und sich nicht  
153 trauen, diese zu problematisieren. Wir müssen das auf Profitmaximierung

154 bestehende System überwinden, um Klimagerechtigkeit Realität werden zu lassen.

155 **Solidarisch als Teil der Klimabewegung**

156 Seit Jahren formiert sich daher Protest gegen eine Klimapolitik des  
157 Verschiebens, Verwässerns und Blockierens – gegen eine Klimapolitik, die das  
158 Problem nicht an der Wurzel anpackt. Nachdem die Klimabewegung anfänglich hohe  
159 Erwartungen an die Ampel-Regierung hatte, zeigen sich nun immer mehr  
160 Aktivist\*innen enttäuscht darüber, dass selbst nahezu kostenlose und extrem  
161 leicht umzusetzende Maßnahmen wie ein Tempolimit nicht ergriffen werden –  
162 geschweige denn von wirklichen systematischen Veränderungen.

163 Als Teil der Klimabewegung teilen wir den Frust und die Enttäuschung über die  
164 aktuelle, leider immer noch viel zu ambitionslose Klimapolitik. Wir wollen daher  
165 dazu beitragen, Strategien und Aktionsformen zu finden, die es schaffen, breite  
166 Teile der Gesellschaft für den Kampf um ein gutes Leben auf diesem Planeten zu  
167 gewinnen und gleichzeitig diejenigen anzugreifen, die im großen Stil für den  
168 Ausstoß von Treibhausgasen und deren Regulation verantwortlich sind.

169 Ziviler Ungehorsam war, ist und wird für uns dabei immer ein notwendiges Mittel  
170 der Auseinandersetzung sein. Dass Aktivist\*innen, wie etwa in Bayern, nun mit  
171 bis zu 30 Tagen Präventivhaft belegt werden, ist für uns vollkommen maßlos und  
172 bricht zudem mit fundamentalen Rechtsstaatsprinzipien. Ähnlich absurd ist, dass  
173 sich die öffentliche Debatte nun ausschließlich um die Frage dreht, wie sehr  
174 sich die Klimabewegung radikalisiert habe, während die Klimakrise und dessen  
175 Folgen von Tag zu Tag dramatischer werden.

176 **Zeit für einen klimagerechten, linken Machtaufbau - international!**

177 Solange wir uns die Klimapolitik von (fossilen) Konzernen diktieren lassen, wird  
178 es keine Klimagerechtigkeit geben. Es braucht eine Kehrtwende in der  
179 Klimapolitik, in der die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt gerückt  
180 werden: Eine günstige Energieversorgung, kostenfreie Mobilität für alle,  
181 bezahlbares und solidarisches Wohnen ist ebenso machbar wie ein  
182 krisenresistentes, gerechtes und ökologisches Landwirtschaftssystem. Als Grüne  
183 Jugend werden wir daher Klimaschutz als zentrale Gerechtigkeitsfrage in den  
184 Fokus unserer Arbeit rücken. Wir werden einerseits Initiativen wie „RWE  
185 enteignen“ unterstützen und andererseits als Teil der Klimabewegung zu einem  
186 linken Machtaufbau der Klimagerechtigkeitsbewegung mit Arbeiter\*innen,  
187 Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft beitragen - weltweit.

188 Unerlässlich dafür wird es sein, durch eine solidarische, internationale  
189 Klimapolitik eine gerechte Welt zu erstreiten. Denn Klimagerechtigkeit gibt es  
190 nur global. Notwendige Voraussetzung dafür ist es, das fossile Zeitalter global  
191

192 schnellstmöglich zu beenden - nicht nur in Deutschland oder Europa, sondern  
193 global. Dafür dürfen keine weiteren, neuen fossilen Projekte im Ausland, wie  
194 zuletzt in Südafrika oder im Senegal finanziert werden, sondern Erneuerbare  
Projekte unterstützt werden.

195 Im Mittelpunkt des politischen Handelns müssen die Menschen mit ihren  
196 Bedürfnissen stehen - nicht die Profite von Konzernen. Gemeinsam mit den vielen  
197 Menschen, die von einer klimagerechten Welt profitieren und auf diese für ihr  
198 weiteres Leben angewiesen sind, wollen wir systematische Veränderungen  
199 erstreiten.

200 Wir haben nichts zu verlieren, aber eine Welt zu gewinnen.